

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

vom 07. Mai 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Mai 2018)

zum Thema:

DNA-Identitätsfeststellungen und Datenbanken in Berlin

und **Antwort** vom 25. Mai 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Mai 2018)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/14960
vom 07. Mai 2018
über DNA-Identitätsfeststellungen und Datenbanken in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Auf welchen Rechtsgrundlagen (Gesetze, Vorschriften, Anweisungen, Anordnungen etc.) werden in Berlin DNA-Proben von Personen für strafprozessuale oder polizeiliche Zwecke entnommen und untersucht und die aus ihnen gewonnenen Daten analysiert und gespeichert (bitte alle Rechtsgrundlagen abschließend benennen)?

Zu 1.:

Die Entnahme von DNA-Personenproben für strafprozessuale Zwecke ist in den §§ 81a, c, g und h Strafprozessordnung (StPO) gesetzlich normiert. Der § 81 a Absatz 1 StPO ist Rechtsgrundlage für die Entnahme von Blutproben und für andere körperliche Eingriffe bei Beschuldigten zur Feststellung von Tatsachen, die für das Verfahren von Bedeutung sind. Bei anderen Personen ist die Entnahme von Blutproben gemäß § 81 c Abs. 2 StPO zulässig, wenn dies zur Erforschung der Wahrheit unerlässlich ist. Der § 81 g Abs. 1 StPO erlaubt die Entnahme von Körperzellen und die molekulargenetische Untersuchung zur Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren bei Beschuldigten, die einer Straftat von erheblicher Bedeutung oder einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung verdächtig sind. Gemäß § 81 g Abs. 1 Satz 2 StPO sind diese Maßnahme auch bei wiederholter Begehung sonstiger Straftaten, die im Unrechtsgehalt einer Straftat von erheblicher Bedeutung gleichstehen können zulässig. DNA-Reihenuntersuchungen mit der Entnahme von Körperzellen sind nach § 81 h Abs. 1 Nr. 1 StPO zulässig, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht eines Verbrechens gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung begründen.

Die molekulargenetische Untersuchung des nach §§ 81 a und c StPO gewonnenen Materials erfolgt gemäß § 81 e Abs. 1 StPO, wenn dies zur Feststellung der Abstammung oder der Tatsache, ob aufgefundenes Spurenmaterial von dem Beschuldigten oder dem Verletzten stammt, erforderlich ist. Die Untersuchung der gemäß § 81 h Abs. 1 Nr. 1 StPO gewonnenen Körperzellen ist gemäß § 81 h Abs. 1 Nr. 2 StPO zulässig

Die Speicherung der gemäß § 81 g StPO erhobenen Daten beim Bundeskriminalamt (BKA) ist in § 81 g Abs. 5 StPO geregelt.

Die §§ 81 f und 81 g Abs. 2 ff. StPO enthalten Verfahrensregelungen, wie z. B. die Anordnungs- und Untersuchungsbefugnisse.

Für gefahrenabwehrrechtliche Zwecke sind medizinische und molekulargenetische Untersuchungen nach dem Allgemeinen Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (ASOG Bln) zulässig. Gemäß § 21a Absatz 1 Satz 1 ASOG Bln können verstorbene und hilflose Personen zur Identitätsfeststellung untersucht und analog zu § 81 a Abs. 1 Satz 2 StPO Blutproben und andere körperliche Eingriffe vorgenommen werden. Das dabei erlangte Material sowie das aufgefundene Spurenmaterial von vermissten Personen darf molekulargenetisch untersucht werden. Die so gewonnenen DNA-Identifizierungsmuster können in einer Datei gespeichert werden (§ 21a Absatz 2 Satz 1 ASOG Bln).

2. Wie oft wurden jeweils in den Jahren seit 2011 in Berlin DNA-Proben von Personen a) für strafprozessuale Zwecke und b) für polizeirechtliche Zwecke entnommen und
- a) wie viele schriftliche Einwilligungen von Personen in die Entnahme von Körperzellen zum Zweck der molekulargenetischen Untersuchung gab es jeweils in den Jahren seit 2011?
 - b) wie viele Entnahmen von Körperzellen zum Zweck der molekulargenetischen Untersuchung wurden jeweils in den Jahren seit 2011 durch ein Gericht angeordnet?
 - c) wie viele Entnahmen von Körperzellen zum Zweck der molekulargenetischen Untersuchung von Körperzellen wurden jeweils in den Jahren seit 2011 durch die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen angeordnet?
 - d) wie viele Entnahmen von Körperzellen zum Zweck der molekulargenetischen Untersuchung wurden in Form einer Blutprobe und wie viele in Form eines Mundhöhlenabstrichs durchgeführt?
 - e) wie oft wurde die Entnahme von Körperzellen zum Zweck der molekulargenetischen Untersuchung jeweils in Jahren seit 2011 zwangsweise durchgesetzt (bitte alle Unterfragen jeweils nach Jahr, Deliktgruppen und Polizeidirektionen aufschlüsseln)?

Zu 2.:

Eine statistische Erfassung in Bezug auf die angefragten Daten erfolgt weder durch die Polizei Berlin, noch durch die Generalstaatsanwaltschaft Berlin, die Staatsanwaltschaft Berlin (StA) und die Amtsanwaltschaft Berlin (AA). Auch die Gesamtzahl der entnommenen Proben bei der Polizei Berlin ist nicht recherchierbar. Auswertbar ist die Anzahl der entnommenen Proben, die analysiert und in der zentralen DNA-Analysedatei des BKA (DAD) gespeichert wurden. Da nicht in allen Fällen die entnommenen DNA-Personenproben auch untersucht und in die DAD eingestellt werden, entspricht die Zahl der entnommenen DNA-Personenproben nicht der Anzahl der in die DAD eingestellten DNA-Personenproben. Die Anzahl der Personenproben, die seit 2011 durch die Polizei Berlin genommen, analysiert und in der DAD gespeichert wurden, sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr	Anzahl der Personenproben, die genommen, analysiert und in der DAD gespeichert wurden
2011	2028
2012	2463
2013	2485
2014	2573
2015	3420
2016	3230
2017	3564

Quelle: DAD, Stand: 18. Mai 2018

Die Entnahme von DNA-Personenproben erfolgt nahezu ausschließlich für strafprozessuale Zwecke.

3. Existieren Anweisungen, Richtlinien oder Weisungen zur Durchführung eingewilligter Entnahmen von Körperzellen zum Zweck der molekulargenetischen Untersuchung und wenn ja, wie lauten diese?

Zu 3.:

Bei der Polizei Berlin existieren bezüglich der Durchführung eingewilligter Entnahmen von Körperzellen zum Zweck der molekulargenetischen Untersuchung Arbeitshinweise mit dem Titel „Arbeitshinweise Anwendungsfälle rund um die DNA-Personenprobe“, die regelmäßig aktualisiert werden. Das entsprechende Dokument enthält Ablaufschemata und Erklärungen zu sämtlichen Arbeitsschritten im Zusammenhang mit der DNA-Probenentnahme und Beantragung von DNA-Analysen, Formularerklärungen, Entscheidungshilfen für Prognoseentscheidungen nach § 81g StPO sowie Hinweise zu den rechtlich erforderlichen Belehrungen, einschließlich der von den Betroffenen zu unterzeichnenden Einverständniserklärung.

Für die StA Berlin und AA Berlin enthalten die Generalienhefte der Dezernentinnen und Dezernenten Anweisungen, mit denen die gesetzlichen Belehrungspflichten im Zusammenhang mit der Entnahme einer DNA-Probe auf Grundlage des § 81 g StPO effizient und praktikabel gewährleistet werden können. Für die StA Berlin ist dies die „GenH –DH8 - DNA-Durchführung und Erfassung“ und für die AA Berlin die „GenH-DH22 - DNA-Maßnahmen für künftige Strafverfahren“.

4. Wie viele Untersuchungsaufträge zu molekulargenetischen Untersuchungen wurden jeweils in den Jahren seit 2011 vom Kriminaltechnischen Institut des Landeskriminalamtes selbst und wie viele Untersuchungsaufträge mittels Vergabe an Dritte bearbeitet?

Zu 4.:

Die Anzahl und die Verteilung der Aufträge zu molekulargenetischen Untersuchungen der Polizei Berlin sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Jahr	Kriminaltechnisches Institut des Landeskriminalamtes Berlin (LKA KTI)	Vergabe an Dritte (hier Charité)
2011	6.839	3.440
2012	7.310	5.365
2013	9.759	3.375
2014	12.527	4.440
2015	11.265	4.844
2016	13.544	5.850
2017	13.508	5.700

5. Wie viele DNA-Proben wurden jeweils in den Jahren seit 2011 als Spuren von Tatorten gesammelt (bitte nach Jahr, Deliktgruppe und Polizeidirektion aufschlüsseln)?

Zu 5.:

Eine statistische Erhebung im Sinne der Anfrage erfolgt bei der Polizei Berlin seit 2014. Die Daten sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

Jahr 2014	Dir 1	Dir 2	Dir 3	Dir 4	Dir 5	Dir 6	Dir E	LKA
Deliktgruppe								
Diebstahl (einfach und schwer)	1.775	1.262	2.153	1.138	1.400	2.121	31	1.418
Körperverschwendung	50	138	123	30	64	76	2	118

Mord und Totschlag	34	2	0	0	0	48	0	1.631
Nötigung, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung	4	0	0	4	1	12	0	778
Raub und Erpressung	271	217	232	323	402	234	0	732
schwerer Kraftwagendiebstahl	352	248	278	281	421	1106	0	915
Villen-/Wohnungseinbruch	808	317	817	370	300	368	0	52
Sonstige Delikte	450	563	618	320	602	601	2	3.236
Gesamtergebnis	3.744	2.747	4.221	2.466	3.190	4.566	35	8.880

Jahr 2015	Dir 1	Dir 2	Dir 3	Dir 4	Dir 5	Dir 6	Dir E	LKA
Deliktgruppe								
Diebstahl (einfach und schwer)	4.242	1.437	3.184	1.517	2.103	2.933	13	1.971
Körperverletzung	134	131	227	38	161	86	0	248
Mord und Totschlag	5	1	36	6	2	31	0	1.896
Nötigung, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung	2	2	0	4	4	3	0	916
Raub und Erpressung	562	318	420	281	408	448	0	296
schwerer Kraftwagendiebstahl	442	258	250	260	535	928	0	782
Villen-/Wohnungseinbruch	2.013	586	859	784	656	843	0	188
Sonstige Delikte	597	535	784	493	615	601	5	3.123
Gesamtergebnis	7.997	3.268	5.760	3.383	4.484	5.873	18	9.420

Jahr 2016	Dir 1	Dir 2	Dir 3	Dir 4	Dir 5	Dir 6	Dir E	LKA
Deliktgruppe								
Diebstahl (einfacher und schwerer)	6.522	2.771	2.956	2.056	3.401	5.172	179	2.250
Körperverletzung	114	94	172	37	140	127	0	120
Mord und Totschlag	4	0	7	0	1	0	0	917
Nötigung, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung	0	2	0	2	3	0	0	512
Raub und Erpressung	408	524	454	215	486	297	0	468
schwerer Kraftwagendiebstahl	803	319	290	244	548	1.577	0	990
Villen- /Wohnungseinbruch	1.704	815	777	554	993	1.162	4	3.204
Sonstige Delikte	3.382	892	884	772	1.420	1.408	3	1.119
Gesamtergebnis	12.937	5.417	5.540	3.880	6.992	9.743	186	9.580

Jahr 2017	Dir 1	Dir 2	Dir 3	Dir 4	Dir 5	Dir 6	Dir E	LKA
Deliktgruppe								
Diebstahl (einfach und schwer)	7.382	3.349	3.898	3.029	4.719	5.041	176	2.932
Körperverletzung	137	79	243	57	159	95	0	120

Mord und Totschlag	0	0	3	0	0	0	0	1.312
Nötigung, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung	1	4	0	2	5	5	0	452
Raub und Erpressung	755	429	546	457	741	349	0	522
schwerer Kraftwagendiebstahl	767	348	278	488	662	1.927	0	929
Villen-/Wohnungseinbruch	4.716	1.650	1.064	1.245	2.034	1.911	0	294
Sonstige Delikte	820	604	647	346	741	802	34	3.972
Gesamtergebnis	14.578	6.463	6.679	5.624	9.061	10.130	210	10.533

Quelle: Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (14. Mai 2018)#

6. Wurden seit 2011 in Berlin DNA-Reihentests (Massentests mit einer Vielzahl an Proben zu einem bestimmten Ermittlungssachverhalt) durchgeführt und wenn ja, wann, in welchen Verfahren und mit wie vielen DNA-Proben jeweils?

Zu 6.:

Seit 2011 wurden in Berlin drei DNA-Reihenuntersuchungen durchgeführt.

Jahr	Straftat	Anzahl an Proben
2013	Verdacht der Kindstötung	630
2014	Raubmord	116
2016	Verdacht der Kindstötung	1.324

Quelle: Elektronische Vorgangs- und Asservatenverwaltung des KTI vom 14. Mai 2018

7. Auf welche gegebenenfalls vom Land Berlin geführten nationalen und europäischen Datenbanken, in denen DNA-Datensätze gespeichert sind, hat die Polizei jeweils Zugriff?

Zu 7.:

In Deutschland werden alle durch die Polizeien der Länder erhobenen und untersuchten DNA-Spuren und DNA-Personenprofile zentral in der vom BKA geführten DNA-Analysedatei (DAD) erfasst. In Berlin hat ausschließlich das LKA KTI Zugriff auf die DAD und kann die durch die Polizei Berlin erhobenen Daten/Profile einstellen und in der DAD recherchieren. In Analogie dazu führen die meisten europäischen Länder vergleichbare DNA-Datenbanken. Im Vertrag von Prüm ist die europäische Recherche in diesen Datenbanken geregelt.

Neben der nationalen beim BKA geführten DAD und den internationalen DNA-Datenbanken gibt es frei im Internet zugängliche DNA-Datenbanken, die jedoch ohne Personalien geführt werden und zu Forschungszwecken dienen.

8. Welche weiteren Stellen haben unter welchen Voraussetzungen und nach welchen Rechtsgrundlagen Zugriff auf diese Datenbanken?

Zu 8.:

Auf die vom BKA geführte DAD sowie die im Vertrag von Prüm aufgeführten Datenbanken der entsprechenden europäischen Länder haben für die Polizei Berlin nur das LKA KTI und für die anderen Bundesländer die entsprechenden Dienststellen Zugriff. In analoger Weise haben alle Länder des Vertrages von Prüm auch Zugriff auf die entsprechenden DNA-Datenbanken der anderen Länder, somit auch auf die beim BKA geführte DAD.

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten durch das BKA an die Polizeibehörden des Bundes und der Länder richtet sich nach § 10 des Gesetzes

über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (BKAG).

9. Wie viele DNA-Datensätze befinden sich aktuell in welchen vom Land Berlin geführten Datenbanken und wie viele jeweils zum Stichtag 1.1.2011 bis 1.1.2018?

Zu 9.:

Der Senat führt diesbezüglich keine Datenbank.

10. Auf wie viele DNA-Datensätze in der DNA-Analysedatei des BKA (DAD) hat die Polizei derzeit insgesamt Zugriff?

Zu 10.:

Der Senat gibt keine Auskunft zum Datenbestand der vom BKA geführten DAD.

11. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den Jahren seit 2011 mit welchen jeweiligen Ergebnissen Rechtsbehelfe gegen die DNA-Entnahme eingelegt?

Zu 11.:

Bei den Berliner Justizbehörden erfolgt keine statistische Erfassung zu Beschwerden gegen strafprozessuale und/oder gefahrenabwehrrechtliche DNA-Probenentnahmen. Bei der Polizei Berlin werden Beschwerden gegen molekulargenetische Untersuchungen gemäß § 21a Abs. 1 ASOG seit 2016 statistisch erfasst. Seither wurden keine entsprechenden Beschwerden bekannt.

12. Welche Möglichkeiten haben betroffene Personen, um herauszufinden,

- a) inwiefern die aus ihrer DNA gewonnenen Daten noch an irgendeinem Ort gespeichert sind?
- b) welche Stellen auf die aus ihrer DNA gewonnenen Daten zugegriffen haben,
- c) inwiefern diese Stellen noch über die Daten verfügen?
- d) wann die aus ihrer DNA gewonnenen Daten zu löschen sind?
- e) gegebenenfalls ob die Daten fristgerecht gelöscht wurden?

Zu 12.:

Nach dem Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin (Berliner Informationsfreiheitsgesetz – IFG) hat jeder Mensch das Recht, gegenüber Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen Auskunft über den Inhalt der über ihn gespeicherten Daten zu erhalten.

13. Kann der Senat ausschließen, dass in den Jahren seit 2011 einzelne Personen im Zusammenhang mit ihrer schriftlichen Einwilligung in die Entnahme und molekulargenetische Untersuchung von Körperzellen nicht über den Zweck der zu erhebenden Daten belehrt wurden?

Zu 13.:

Dem Senat liegen keine Erkenntnisse über fehlende Belehrungen der Betroffenen über den Zweck der zu erhebenden Daten im Zusammenhang mit der schriftlichen Einwilligung zur DNA-Probenentnahme vor.

Berlin, den 25. Mai 2018

In Vertretung

Sabine Smentek
Senatsverwaltung für Inneres und Sport